

Der Rat
Analysedokument

C/Analysis/2020/2
Original: englisch
Datum: 22. Mai 2020

ANALYSEDOKUMENT ALS GRUNDLAGE FÜR DAS VERFAHREN ZUR PRÜFUNG AUF DEM SCHRIFTWEG DES GESETZENTWURFS ÜBER DEN SCHUTZ VON PFLANZENSORTEN DER VEREINIGTEN ARABISCHEN EMIRATE BETREFFEND DESSEN VEREINBARKEIT MIT DER AKTE VON 1991 DES UPOV-ÜBEREINKOMMENS

vom Verbandsbüro erstelltes Dokument

Haftungsausschluss: dieses Dokument gibt nicht die Grundsätze oder eine Anleitung der UPOV wieder

1. Mit Schreiben vom 28. April 2020 an den Generalsekretär der UPOV ersuchte Herr Abdulla AlHebsi, stellvertretender Staatssekretär, Ressort Regionen, Ministerium für Klimawandel und Umwelt, um die Prüfung der Vereinbarkeit des Gesetzentwurfs über den Schutz von Pflanzensorten (nachstehend der „Gesetzentwurf“) der Vereinigten Arabischen Emirate mit der Akte von 1991 des UPOV-Übereinkommens (nachstehend „die Akte von 1991“). Das Schreiben ist in Anlage I dieses Dokuments wiedergegeben. Anlage II enthält eine Abschrift der englischen Übersetzung des Gesetzentwurfs.

VERFAHREN DER PRÜFUNG VON RECHTSVORSCHRIFTEN ODER GESETZESENTWÜRFEN AUF DEM SCHRIFTWEG

2. Artikel 34 Absatz 3 der Akte von 1991 sieht vor: „Jeder Staat, der dem Verband nicht angehört, sowie jede zwischenstaatliche Organisation ersuchen vor Hinterlegung ihrer Beitrittsurkunde den Rat um Stellungnahme, ob ihre Rechtsvorschriften mit diesem Übereinkommen vereinbar sind. Ist der Beschluss über die Stellungnahme positiv, so kann die Beitrittsurkunde hinterlegt werden.“

3. Im Zusammenhang mit der Durchführung einer einzigen Tagungsreihe ab 2018 und zur Erleichterung der Prüfung der Rechtsvorschriften künftiger Verbandsmitglieder billigte der Rat auf seiner einundfünfzigsten ordentlichen Tagung vom 26. Oktober 2017 in Genf die Vorschläge zur Änderung von Dokument UPOV/INF/13/1 „Anleitung zum Verfahren für den Beitritt zur UPOV“ im Hinblick auf die Einführung eines Verfahrens zur Prüfung von Rechtsvorschriften auf dem Schriftweg und nahm eine Überarbeitung von Dokument UPOV/INF/13/1 an (Dokument UPOV/INF/13/2) (vergleiche Dokument C/51/22 „Bericht“, Absatz 20 Buchstabe g).

4. Auf der oben ausgeführten Grundlage sieht das Verfahren für die Prüfung von Rechtsvorschriften oder Gesetzesentwürfen auf dem Schriftweg in Dokument [UPOV/INF/13/2](#) „Anleitung zum Verfahren für den Beitritt zur UPOV“ Folgendes vor:

Anwendbarkeit des Verfahrens zur Prüfung des Gesetzentwurfs auf dem Schriftweg

„11. Das Verfahren der Prüfung von Rechtsvorschriften auf dem Schriftweg wird angewandt, wenn:

i) das Gesuch weniger als vier Wochen vor der Woche der frühesten ordentlichen Tagung des Rates und mehr als sechs Monate vor dem Datum der darauffolgenden ordentlichen Tagung des Rates eingeht, und

ii) die Analyse des Verbandsbüros eine positive Entscheidung erwartet und keine bedeutenden Probleme bezüglich der Vereinbarkeit der Rechtsvorschriften mit dem UPOV-Übereinkommen ermittelt.“

5. In Übereinstimmung mit Absatz 11 des Dokuments UPOV/INF/13/2 ging das Schreiben mit dem Antrag auf Prüfung des Gesetzentwurfs am 28. April 2020 ein, also mehr als sechs Monate vor dem Datum der dreiundfünfzigsten ordentlichen Tagung des UPOV-Rates. Das Verbandsbüro erwartet eine positive Entscheidung und hat keine bedeutenden Probleme bezüglich der Vereinbarkeit des Gesetzentwurfs mit dem UPOV-Übereinkommen ermittelt.

Aufnahme des Analysedokuments und des Gesetzentwurfs in die UPOV-Website

„14. [...]

i) das Analysedokument und das Gesetz werden innerhalb von sechs Wochen nach Eingang des Gesuchs auf der UPOV-Website veröffentlicht und Verbandsmitglieder und der Rat werden entsprechend informiert werden; und

ii) Verbandsmitglieder und Beobachter werden Gelegenheit zur Stellungnahme innerhalb von 30 Tagen ab dem Datum, an dem das Analysedokument auf der UPOV-Website veröffentlicht wird, haben.“

6. In Übereinstimmung mit Absatz 14 des Dokuments UPOV/INF/13/2 hat das Verbandsbüro dieses Analysedokument (Dokument C/Analysis/2020/2) betreffend die Vereinigten Arabischen Emirate auf der Website veröffentlicht, um Gelegenheit für Bemerkungen von Mitgliedern und Beobachter des Rates zu geben (vergleiche UPOV-Rundschreiben E-20/051 vom 22. Mai 2020). Das Analysedokument enthält in der Anlage II die englische Übersetzung des Gesetzentwurfs der Vereinigten Arabischen Emirate.

HINTERGRUND

7. Am 16. Januar 2013 erhielt das Verbandsbüro von Herrn Mohamed Makkawi, Saatguttechnologe, Abteilung biologische Vielfalt und Schutz, Angelegenheiten aus dem Bereich Wasserressourcen, Natur und Umweltschutz, Umwelt- und Wasserministerium, eine Abschrift der arabischen und der englischen Fassung des Bundesgesetzes Nr. (17) von 2009 über den Sortenschutz (Gesetz von 2009). Nach einem ersten Überblick informierte das Verbandsbüro Herrn Makkawi über seine Auffassung, dass eine Reihe von Bestimmungen des Gesetzes von 2009 nicht den Bestimmungen der Akte von 1991 entsprechen.

8. Am 13. September 2015 ersuchte Herr Al Hammadi, Untersekretär beim Umwelt- und Wasserministerium um Beobachterstatus im Rat und um Unterstützung in juristischen Angelegenheiten. Am 11. Dezember 2015 übersandte das Verbandsbüro der Ständigen Vertretung der Vereinigten Arabischen Emirate in Genf eine Verbalnote mit einem Schreiben an Herrn Al Hammadi, das die ausführlichen Bemerkungen des Verbandsbüros zum Gesetz im Zusammenhang mit der Akte von 1991 enthielt.

9. Am 14. Dezember 2015 beteiligte sich das Verbandsbüro in Dubai, Vereinigte Arabische Emirate, an Rechtsberatungen bezüglich der Ausarbeitung von Rechtsvorschriften zum Sortenschutz und der Mitgliedschaft bei der UPOV. Am 18. Dezember 2015 übermittelte das Verbandsbüro Bemerkungen zu dem Gesetz, die die Schlussfolgerungen der Rechtsberatung widerspiegeln.

10. Am 21. Oktober 2018 berichtete Frau Fatima Obaid Alkalbani, Leiterin für landwirtschaftliche Entwicklung, Ministerium für Klimawandel und Umwelt, über den Fortschritt des internen Verfahrens zur Änderung des Gesetzes und ersuchte um Informationen über die Gebühren für den Beitritt zur UPOV.

11. Am 27. November 2019 legte Frau Al-Akel, International Organizations Executive, Büro der Vereinigten Arabischen Emirate bei der WTO in Genf, dem Verbandsbüro einen Gesetzentwurf mit Bitte um Bemerkungen vor. Am 20. Dezember 2019 gab das Verbandsbüro, Bemerkungen zu dem Gesetzentwurf vom 27. Oktober 2019 ab.

12. Am 27. Februar 2020 legte Herr Mohamed Ahmed Hamdan Al Dhanhani, Leiter der Abteilung für landwirtschaftliche Entwicklung und Gesundheit, Ministerium für Klimawandel und Umwelt, dem Verbandsbüro eine andere englische Übersetzung des Gesetzentwurfs und die Originalfassung in Arabisch vor. Um Abweichungen zwischen den beiden Sprachversionen abzuklären und in Absprache mit der Regierung der Vereinigten Arabischen Emirate veranlasste das Verbandsbüro eine Überprüfung der englischen Übersetzung in Bezug auf die Originalfassung in Arabisch. Die Überprüfung ergab, dass gewisse Unterschiede zwischen den beiden Sprachversionen bestanden.

13. Am 10. April 2020 erhielt das Verbandsbüro eine aktualisierte Fassung der überprüften englischen Übersetzung des Gesetzentwurfs. Am 14. und 22. April 2020 gab das Verbandsbüro Bemerkungen zu der geprüften englischen Übersetzung des Gesetzentwurfs ab und erteilte Informationen über das Verfahren für die Prüfung des Gesetzentwurfs auf dem Schriftweg.

GRUNDLAGE FÜR DEN SCHUTZ NEUER PFLANZENSORTEN IN DEN VEREINIGTEN ARABISCHEN EMIRATEN

14. Der Schutz neuer Pflanzensorten in Übereinstimmung mit der Akte von 1991 wird in den Vereinigten Arabischen Emiraten von dem Gesetzentwurf nach dessen Annahme geregelt werden. Eine Analyse des Gesetzentwurfs folgt in der Reihenfolge der wesentlichen Rechtsvorschriften der Akte von 1991.

Artikel 1 der Akte von 1991: Begriffsbestimmungen

15. Artikel 1 des Gesetzentwurfs enthält Begriffsbestimmungen von Sorte und Züchter, die den Begriffsbestimmungen in Artikel 1 Buchstabe iv und vi der Akte von 1991 entsprechen.

Artikel 2 der Akte von 1991: Grundlegende Verpflichtung der Vertragsparteien

16. Artikel 2 Absatz 1 des Gesetzentwurfs bezieht sich auf den Schutz und die Erteilung von Züchterrechten.

Artikel 3 der Akte von 1991: Gattungen und Arten, die geschützt werden müssen

17. Artikel 2 Absatz 2 des Gesetzentwurfs sieht Folgendes vor: „Am Tag des Inkrafttretens dieses Gesetzes findet es Anwendung auf alle Gattungen und Arten“, was den Bestimmungen von Artikel 3 Absatz 2 Ziffer ii der Akte von 1991 entspricht.

Artikel 4 der Akte von 1991: Inländerbehandlung

18. In Bezug auf die zur Antragstellung berechtigten Personen enthält der Gesetzentwurf keinerlei Einschränkungen bezüglich der Nationalität, des Wohnsitzes natürlicher Personen oder des Sitzes juristischer Personen. Artikel 12 des Gesetzentwurfs über das „Prioritätsrecht“ regelt die Anforderungen an die Verbandsmitglieder. Der Gesetzentwurf entspricht den Anforderungen von Artikel 4 der Akte von 1991.

Artikel 5 bis 9 der Akte von 1991: Schutzvoraussetzungen, Neuheit, Unterscheidbarkeit, Homogenität, Beständigkeit

19. Die Artikel 5 bis 9 des Gesetzentwurfs enthalten Bestimmungen zu den Schutzvoraussetzungen, die den Bestimmungen von Artikel 5 bis 9 der Akte von 1991 entsprechen.

20. Artikel 6 Absätze 2 und 3 des Gesetzentwurfs enthält Bestimmungen bezüglich der freigestellten Ausnahme nach Artikel 6 Absatz 2 „vor Kurzem gezüchtete Sorten“ der Akte von 1991 wie folgt:

„2) Ist dieses Gesetz gemäss Artikel 2 Absatz 2 auf eine Pflanzengattung oder -art anwendbar, auf die es zuvor nicht anwendbar war, so werden die Sorten, die dieser Pflanzengattung oder -art angehören, so angesehen, dass sie die in Absatz 1 dieses Artikels festgelegte Neuheitsvoraussetzung erfüllen, selbst wenn der Verkauf oder die Abgabe an andere, die in jenem Absatz beschrieben sind, im Hoheitsgebiet der Vereinigten Arabischen Emirate innerhalb von vier Jahren vor dem Tag der Einreichung oder, im Fall von Bäumen oder Rebe, innerhalb von sechs Jahren vor dem besagten Tag stattfand.

3) Die Bestimmung nach Absatz 2 dieses Artikels ist nur auf Anträge auf Erteilung des Züchterrechts anwendbar, die spätestens innerhalb eines Jahres, nachdem die Bestimmungen des Gesetzes auf die betreffenden Gattungen oder Arten angewandt werden, eingereicht werden.“

Artikel 10 der Akte von 1991: Einreichung von Anträgen

21. Artikel 11 des Gesetzentwurfs enthält Bestimmungen zur Einreichung von Anträgen. Der Gesetzentwurf scheint keine Bestimmungen zu enthalten, die im Widerspruch zu Artikel 10 der Akte von 1991 stehen.

Artikel 11 der Akte von 1991: Priorität

22. Artikel 12 des Gesetzentwurfs enthält Bestimmungen zum Prioritätsrecht, die den Bestimmungen in Artikel 11 der Akte von 1991 entsprechen.

Artikel 12 der Akte von 1991: Prüfung des Antrags

23. Artikel 19 des Gesetzentwurfs enthält Bestimmungen über die Prüfung des Antrags, die den Bestimmungen in Artikel 12 der Akte von 1991 entsprechen.

Artikel 13 der Akte von 1991: Vorläufiger Schutz

24. Artikel 21 des Gesetzentwurfs enthält Bestimmungen über den vorläufigen Schutz, die den Bestimmungen in Artikel 13 der Akte von 1991 wie folgt entsprechen:

„1) Vorläufiger Schutz wird zur Wahrung der Interessen des Züchters in der Zeit von der Veröffentlichung des Antrags auf Erteilung eines Züchterrechts bis zur Erteilung des Züchterrechts gewährt.

2) Der Antragsteller wird als der Inhaber eines Züchterrechts in Bezug auf jeden angesehen, der in der in Absatz 1 genannten Zeit eine Handlung vorgenommen hat, für die nach der Erteilung des Züchterrechts die Zustimmung des Züchters nach Artikel 14 erforderlich ist. Der Anmelder hat das Recht, Lizenzverträge zu schließen und Gerichtsverfahren einzuleiten, ganz so als wäre dem Anmelder das Züchterrecht zum Zeitpunkt der Veröffentlichung im Hinblick auf die betreffende Sorte erteilt worden. Die nach diesem Paragraphen gewährten Rechte sind als hinfällig zu betrachten, wenn das Recht nicht erteilt wird.“

Artikel 14 der Akte von 1991: Inhalt des Züchterrechts

25. Artikel 14 des Gesetzentwurfs enthält Bestimmungen über den Inhalt des Züchterrechts, die den Bestimmungen in Artikel 14 der Akte von 1991 entsprechen.

26. Artikel 14 Absatz 2 Buchstabe b des Gesetzentwurfs enthält Bestimmungen bezüglich der freigestellten Ausnahme nach Artikel 14 Absatz 3 „Handlungen in Bezug auf bestimmte Erzeugnisse“ der Akte von 1991 wie folgt:

„b) in Bezug auf Erzeugnisse, die durch ungenehmigte Benutzung von Erntegut, das unter die Bestimmungen von Absatz 2 Buchstabe a dieses Artikels fällt, unmittelbar aus Erntematerial hergestellt wurden, erfordern die Zustimmung des Züchters, es sei denn, dass der Züchter angemessene Gelegenheit hatte, sein Recht mit Bezug auf das genannte Erntegut auszuüben.“

Artikel 15 der Akte von 1991: Ausnahmen vom Züchterrecht

27. Artikel 15 Absatz 1 des Gesetzentwurfs enthält Bestimmungen über die verbindlichen Ausnahmen vom Züchterrecht, die den Bestimmungen in Artikel 15 Absatz 1 der Akte von 1991 entsprechen.

28. Artikel 15 Absätze 2 bis 4 des Gesetzentwurfs enthält Bestimmungen über die freigestellte Ausnahme nach Artikel 15 Absatz 2 der Akte von 1991 wie folgt:

„2) In Bezug auf Sorten, die zu einer Liste landwirtschaftlicher Pflanzen gehören, wird das Züchterrecht nicht verletzt durch Kleinbauern, wenn sie das Erntegut, das sie aus dem Anbau der geschützten Sorte oder einer in Artikel 14 Absatz 3 Buchstabe a Ziffer i oder ii dieses Gesetzes erwähnten Sorte im eigenen Betrieb gewonnen haben, im eigenen Betrieb zum Zwecke der Vermehrung verwenden, sofern diese Verwendung in angemessenem Rahmen und unter Wahrung der berechtigten Interessen des Züchters erfolgt.

3) Sorten von Obstbäumen, Zier-, Gemüse- und Forstpflanzen sind von der Ausnahme nach Absatz 2 dieses Artikels ausgenommen.

4) Die Bedingungen für die Umsetzung der Bestimmungen unter Absatz 2 dieses Artikels im Hinblick auf die Liste landwirtschaftlicher Pflanzen und die Information, die der Landwirt dem Züchter erteilen muss, sind in der Ausführungsverordnung festzulegen.“

Artikel 16 der Akte von 1991: Erschöpfung des Züchterrechts

29. Artikel 16 des Gesetzentwurfs enthält Bestimmungen über die Erschöpfung des Züchterrechts, die den Bestimmungen in Artikel 16 der Akte von 1991 entsprechen.

Artikel 17 der Akte von 1991: Beschränkungen in der Ausübung des Züchterrechts

30. Artikel 25 des Gesetzentwurfs enthält Bestimmungen über Beschränkungen in der Ausübung des Züchterrechts, die den Bestimmungen in Artikel 17 der Akte von 1991 entsprechen.

Artikel 18 der Akte von 1991: Maßnahmen zur Regelung des Handels

31. Artikel 28 des Gesetzentwurfs enthält Bestimmungen über die Regelung des Handels, die den Bestimmungen in Artikel 18 der Akte von 1991 entsprechen. Der Gesetzentwurf scheint keine Bestimmungen zu enthalten, die im Widerspruch zu Artikel 18 der Akte von 1991 stehen.

Artikel 19 der Akte von 1991: Dauer des Züchterrechts

32. Artikel 17 des Gesetzentwurfs enthält Bestimmungen über die Dauer des Züchterrechts, die den Bestimmungen in Artikel 19 der Akte von 1991 entsprechen.

Artikel 20 der Akte von 1991: Sortenbezeichnung

33. Abschnitt 18 des Gesetzentwurfs enthält Bestimmungen über Sortenbezeichnungen, die den Bestimmungen von Artikel 20 der Akte von 1991 entsprechen.

Artikel 21 der Akte von 1991: Nichtigkeit des Züchterrechts

34. Artikel 23 des Gesetzentwurfs enthält Bestimmungen über die Nichtigkeit des Züchterrechts, die den Bestimmungen in Artikel 21 der Akte von 1991 entsprechen.

Artikel 22 der Akte von 1991: Aufhebung des Züchterrechts

35. Artikel 24 des Gesetzentwurfs enthält Bestimmungen über die Aufhebung des Züchterrechts, die den Bestimmungen in Artikel 22 der Akte von 1991 entsprechen.

Artikel 30 der Akte von 1991: Anwendung des Übereinkommens

36. Hinsichtlich der Verpflichtung, „geeignete Rechtsmittel [vorzusehen], die eine wirksame Wahrung der Züchterrechte ermöglichen“ (Artikel 30 Absatz 1 Ziffer i der Akte von 1991), sieht Artikel 26 des Gesetzentwurfs Folgendes vor:

„1) Die in diesem Gesetz vorgesehenen Strafen lassen eine in einem anderen Gesetz vorgesehene schwerere Strafe unberührt.

2) Folgende Rechtsmittel stehen für die Durchsetzung der Züchterrechte zur Verfügung:

a) Wer gegen die Bestimmungen der Artikel 14 und 21 dieses Gesetzes verstößt, wird mit einer Freiheitsstrafe von mindestens zwei Monaten und einer Geldstrafe von mindestens zehntausend Dirham und höchstens zweihundertfünfzigtausend Dirham bestraft.

b) Im Falle eines Rückfalls wird die Strafe verdoppelt.

c) Das Gericht kann die Beschlagnahmung des rechtsverletzenden Materials sowie dessen Vernichtung auf Kosten des Rechtsverletzers bzw. die Entsorgung des Materials anordnen. Wurde die Rechtsverletzung im Namen oder im Interesse einer juristischen Person oder einer gewerblichen oder beruflichen Einrichtung begangen, so kann es auch die Schließung dieser Einrichtung für einen Zeitraum von höchstens sechs Monaten und die Veröffentlichung der Zusammenfassung des Urteils in einer oder mehreren Tageszeitungen auf Kosten des Rechtsverletzers anordnen.

d) Jeder, der gegen irgendeine andere Bestimmung dieses Gesetzes verstößt, wird mit einer Geldstrafe von mindestens zehntausend Dirham und höchstens zweihundertfünfzigtausend Dirham bestraft.“

37. Artikel 1, Artikel 4 und Artikel 18 Absatz 3 des Gesetzentwurfs beziehen sich auf den Registerbeamten als die mit der Erteilung von Züchterrechten beauftragte Autorität, wie in Artikel 30 Absatz 1 Ziffer ii der Akte von 1991 vorgeschrieben.

38. Artikel 20 des Gesetzentwurfs entspricht der Verpflichtung zur Veröffentlichung von Mitteilungen über Anträge auf und Erteilung von Züchterrechten sowie über die vorgeschlagenen und genehmigten Sortenbezeichnungen gemäß Artikel 30 Absatz 1 Ziffer iii der Akte von 1991.

Allgemeine Schlussfolgerung

39. Nach Ansicht des Verbandsbüros enthält der Gesetzentwurf die wesentlichen Rechtsvorschriften der Akte von 1991. Auf dieser Grundlage wird die Vereinigten Arabischen Emirate nach der Annahme des Gesetzentwurfs ohne Änderungen und dem Inkrafttreten des Gesetzes in der Lage sein, den Bestimmungen der Akte von 1991 „Wirkung zu verleihen“, wie in Artikel 30 Absatz 2 der Akte vorgeschrieben.

[Anlagen folgen]

ANLAGE I



Unser Zeichen: MOCCA/EA/1584/2020
Datum: 28.04.2020

Herrn Francis Gurry

Generalsekretär

Internationaler Verband zum Schutz von Pflanzensorten (UPOV),

Genf, Schweiz

Sehr geehrter Herr Generalsekretär Gurry,

wir freuen uns, Ihnen mitteilen zu dürfen, dass das Ministerium für Klimawandel und Umwelt der Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) den Entwurf eines Bundesgesetzes über die Änderung des Bundesgesetzes Nr. (17) von 2009 über den Schutz von Pflanzensorten verabschiedet hat. Darüber hinaus möchten wir Sie darüber informieren, dass für den Erlass des Gesetzes das Regierungsprotokoll durchlaufen werden muss, dessen offizielle Veröffentlichung einige Zeit in Anspruch nehmen wird.

Die VAE beabsichtigen, dem Internationalen Übereinkommen zum Schutz von Pflanzensorten vom 2. Dezember 1961, revidiert in Genf am 10. November 1972, am 23. Oktober 1978 und am 19. März 1991 (UPOV-Übereinkommen), beizutreten.

Gemäß den Bestimmungen von Art. 34 Absatz 3 des UPOV-Übereinkommens würden wir es sehr schätzen, wenn der Rat der UPOV die Vereinbarkeit des Gesetzentwurfs der VAE mit den Bestimmungen des UPOV-Übereinkommens prüfen könnte.

Besten Dank!
Mit freundlichen Grüßen

(unterschrieben)

Für und im Namen von / Untersekretär Ministerium für Klimawandel
und Umwelt

Anlage: [Übersetzung des Gesetzentwurfs in Englisch]

ANNEX II / ANNEXE II / ANLAGE II / ANEXO II
[in English only / en anglais seulement / nur auf Englisch / solamente en inglés]

Translation in English of the Draft Law on Plant Variety Protection of the United Arab Emirates of April 2020

Article 1

Definitions

In the course of applying the provisions of this Law, the following words and expressions shall have the meaning assigned to each of them, unless the context otherwise requires:

The State: United Arab Emirates.

Ministry: Ministry of Climatic Change and Environment (MOCCAE).

Minister: Minister of Climatic Change and Environment

Variety means any plant grouping within a single botanical taxon of the lowest known rank, which grouping, irrespective of whether the conditions for the grant of a breeder's right are fully met, can be defined by the expression of the characteristics resulting from a given genotype or combination of genotypes, and distinguished from any other plant grouping by the expression of at least one of the said characteristics and considered as a unit with regard to its suitability for being propagated unchanged.

Breeder means the person who bred, or discovered and developed, a variety, the person who is the employer of the aforementioned person or who has commissioned the latter's work, or the legal successor in title of the first or second aforementioned person, as the case may be.

Plant breeder's right certificate: A document issued as evidence of a grant of a breeder's right.

Breeder's right means the right of the breeder provided for in this Law;

Register: Register of new varieties of plants and breeders' rights.

Registrar: Registrar of new varieties of plants and the breeders' rights who is appointed by the Minister.

Protected variety: A variety that has been granted a breeder's right in accordance with the provisions of this Law.

Applicant: The person who applies for a grant of a breeder's right.

Holder of the breeder's right: The breeder whom the registrar grants a breeder's right.

Breeder's right certificate holder: Any person awarded the certificate of a breeder's right.

Propagating material: Any plant material or parts, cells, tissues, organs or a genetic material of plants, that can be used for the propagation of plants or for reproduction by seedling, cultivation or grafting or budding.

UPOV: the International Union for the Protection of New Varieties of Plants founded by the International Convention for the Protection of New Varieties of Plants of 1961 and further mentioned in the Act of 1972, the Act of 1978 and in the 1991 Act;

Member of UPOV: a State party to the UPOV Convention of 1961 / Act of 1972 or the Act of 1978 or a Contracting Party to the 1991 Act;

Regulations: the Regulations and Ministerial Decisions issued under this Law.

Article 2

Objectives of the law and its scope

- (1) The objective of the Law is to grant and protect breeders' rights.
- (2) This Law shall be applied on the date of its coming into force to all plant genera and species.

Article 3

Register of New Plants Varieties Protection

A register is designated in the Ministry under the name "Register of the New Plant Varieties Protection" concerning new plant varieties and breeders' rights in accordance with the provisions of this Law and the Regulations.

Article 4

The Registrar, and its tasks

The Minister shall appoint a Registrar for supervising the register, and undertaking the competences stipulated in this Law, particularly the following:

1. The Registrar shall carry out any other tasks in accordance with the provisions of this Law and its by-law.
2. Coordinating with the international, regional and local bodies involved in the registrar's work.
3. Any other tasks assigned by the Minister in connection to the objectives of this Law.

Article 5

Conditions of protection

(1) The breeder's right shall be granted where the variety is:

1. new
2. distinct
3. uniform
4. stable

(2) The grant of the breeder's right shall not be subject to any further or different conditions, provided that the variety is designated by a denomination in accordance with the provisions of Article 18, that the applicant complies with the formalities provided for in this Law and that he pays the required fees.

Article 6

Novelty

(1) The variety shall be deemed to be new if, at the date of filing of the application for a breeder's right, propagating or harvested material of the variety has not been sold or otherwise disposed of to others, by or with the consent of the breeder, for purposes of exploitation of the variety:

(i) in the territory of the United Arab Emirates earlier than one year before the date of filing of the application and

(ii) in a territory other than that of the United Arab Emirates earlier than four years or, in the case of trees or of vines, earlier than six years before the said date.

(2) Where, according to Article 2(2), this Law applies to a plant genus or species to which it did not previously apply, varieties belonging to such plant genus or species shall be considered to satisfy the condition of novelty defined in paragraph (1) of this Article even where the sale or disposal of to others described in that paragraph took place in the territory of United Arab Emirates within four years before the filing date or, in the case of trees or of vines, within six years before the said date.

(3) The provision under paragraph (2) of this Article, shall only apply to applications for a breeder's right filed within one year, at the latest, after the provisions of the Law apply to the genera or species concerned.

Article 7

Distinctness

The variety shall be deemed to be distinct if it is clearly distinguishable from any other variety whose existence is a matter of common knowledge at the time of filing the application. In particular, the filing of an application for the granting of a breeder's right or for the entering of another variety in an official register of varieties, in any country, shall be deemed to render that other variety a matter of common knowledge from the date of the application, provided that the application leads to the granting of a breeder's right or to the entering of the said other variety in the official register of varieties, as the case may be.

Article 8

Uniformity

The variety shall be deemed to be uniform if, subject to the variation that may be expected from the particular features of its propagation, it is sufficiently uniform in its relevant characteristics.

Article 9

Stability

The variety shall be deemed to be stable if its relevant characteristics remain unchanged after repeated propagation or, in the case of a particular cycle of propagation, at the end of each such cycle.

Article 10

The person entitled to the breeder's right

The person entitled to the breeder's right is the breeder in accordance with the definition in Article 1 of the Law

Article 11

Filing of Application

Applications for the grant of a breeder's right shall be subject to the following requirements:

- (1) The filing date of the application for a breeder's right shall be the date of receipt of the application duly filed as prescribed by the Regulations.
- (2) MOCCAЕ shall not refuse to grant a breeder's right or limit its duration on the ground that protection for the same variety has not been applied for, has been refused or has expired in any other State or intergovernmental organization.

Article 12

Right of priority

- (1) Any breeder who has duly filed an application for the protection of a variety in a Member of UPOV (the "first application") shall, for the purpose of filing an application for the grant of a breeder's right for the same variety with the Registrar, enjoy a right of priority for a period of 12 months. This period shall be computed from the date of filing of the first application. The day of filing shall not be included in the latter period.
- (2) Events occurring within the period provided for in paragraph (1), such as the filing of another application or the publication or use of the variety that is the subject of the first application, shall not constitute a ground for rejecting the subsequent application. Such events shall also not give rise to any third-party right.
- (3) In order to benefit from the right of priority, the breeder shall, in the application filed with the Registrar, claim the priority of the first application. The Registrar shall require the breeder to furnish, within a period of not less than three months from the filing date of the application, a copy of the documents which constitute the first application, certified to be a true copy by the authority with which that first application was filed, and samples or other evidence that the variety which is the subject matter of both applications is the same.
- (4) The breeder shall be allowed a period of two years after the expiration of the period of priority or, where the first application is rejected or withdrawn, an appropriate time, after such rejection or withdrawal, in which to furnish, to the Registrar, any necessary information, document or material required for the purpose of the examination under Article 19 of this Law.

Article 13

Transfer of Applications and Rights

Applications for and grants of breeders' rights may be transferred to others. Such transfers shall be notified to the Registrar.

Changes of applicants or holders of the breeders' rights shall be published in accordance with the Regulations under this Law.

Article 14

Scope of the Breeder's Right

(1) (a) Subject to Articles 15 and 16 of this Law, the following acts in respect of the propagating material of the protected variety shall require the authorization of the breeder:

- (i) Production or reproduction (multiplication)
- (ii) Conditioning for the purpose of propagation
- (iii) Offering for sale
- (iv) Selling or other marketing
- (v) Exporting
- (vi) Importing
- (vii) Stocking for any of the purposes mentioned above (i-vi).

(b) The breeder may make the authorization mentioned in the paragraph above, subject to conditions and limitations.

(2) Subject to Articles 15 and 16, the acts referred to in items (i) to (vii) of subparagraph (1)(a) of this Article, shall require authorization by the breeder in the following cases:

(a) in respect of harvested material, including entire plants and parts of plants, obtained through the unauthorized use of propagating material of the protected variety, unless the breeder has had reasonable opportunity to exercise his right in relation to the said propagating material.

(b) in respect of products made directly from harvested material of the protected variety falling within the provisions of paragraph (2a) of this item through the unauthorized use of the said harvested material, unless the breeder has had reasonable opportunity to exercise his right in relation to the said harvested material.

(3) (a) The provisions of paragraphs (1) and (2) shall also apply in relation to

- (i) varieties which are essentially derived from the protected variety, where the protected variety is not itself an essentially derived variety,
- (ii) varieties which are not clearly distinguishable in accordance with Article 7 from the protected variety and
- (iii) varieties whose production requires the repeated use of the protected variety.

(b) For the purposes of subparagraph (a)(i), a variety shall be deemed to be essentially derived from another variety ("the initial variety") when

- (i) it is predominantly derived from the initial variety, or from a variety that is itself predominantly derived from the initial variety, while retaining the expression of the essential characteristics that result from the genotype or combination of genotypes of the initial variety,
- (ii) it is clearly distinguishable from the initial variety and

(iii) except for the differences which result from the act of derivation, it conforms to the initial variety in the expression of the essential characteristics that result from the genotype or combination of genotypes of the initial variety.

(c) Essentially derived varieties may be obtained for example by the selection of a natural or induced mutant, or of a somaclonal variant, the selection of a variant individual from plants of the initial variety, backcrossing, or transformation by genetic engineering.

Article 15

Exceptions to the Breeder's Right

(1) The breeder's right shall not extend to

(i) acts done privately and for non-commercial purposes,

(ii) acts done for experimental purposes and

(iii) acts done for the purpose of breeding new varieties, and, except where the provisions of Article 14(3) apply, acts referred to in Article 14(1) and (2) in respect of such other varieties.

(2) Small farmers shall not infringe the breeder's right, in relation to varieties included in a list of agricultural plants, if they use for propagating purposes, on their own holdings, the product of the harvest which they have obtained by planting, on their own holdings, the protected variety or a variety covered by Article 14(3)(a)(i) or (ii) of this Law, provided that this use is within reasonable limits and subject to the safeguarding of the legitimate interests of the breeder.

(3) The varieties of fruit, ornamentals, vegetables and forest plants are excluded from the exception under paragraph (2) of this Article.

(4) The conditions for the implementation of the provisions under paragraph (2) of this Article, in respect of the list of agricultural plants and the information to be provided by the farmer to the breeder, shall be stipulated in the regulations.

Article 16

Exhaustion of the Breeder's Right

(1) The breeder's right shall not extend to acts concerning any material of the protected variety, or of a variety covered by the provisions of Article 14(3), which has been sold or otherwise marketed by the breeder or with his consent in the territory of the United Arab Emirates, or any material derived from the said material, unless such acts

(a) involve further propagation of the variety in question or

(b) involve an export of material of the variety, which enables the propagation of the variety, into a country which does not protect varieties of the plant genus or species to which the variety belongs, except where the exported material is for final consumption purposes.

(2) For the purposes of paragraph (1), "material" means, in relation to a variety,

(a) propagating material of any kind,

(b) harvested material, including entire plants and parts of plants, and

- (c) any product made directly from the harvested material.

Article 17

Term of Protection

The breeder's right shall be granted for a period of 20 years from the date of the grant of the breeder's right. For trees and vines, the said period shall be 25 years from the said date.

Article 18

Variety denomination

(1) The variety shall be designated by a denomination which will be its generic designation. Subject to paragraph (4), no rights in the designation registered as the denomination of the variety shall hamper the free use of the denomination in connection with the variety, even after the expiration of the breeder's right.

(2) The denomination must enable the variety to be identified. It may not consist solely of figures except where this is an established practice for designating varieties. It must not be liable to mislead or to cause confusion concerning the characteristics, value or identity of the variety or the identity of the breeder. In particular, it must be different from every denomination which designates, in the territory of any member of UPOV, an existing variety of the same plant species or of a closely related species.

(3) The denomination of the variety shall be submitted by the breeder to the Registrar. If it is found that the denomination does not satisfy the requirements of paragraph (2), the Registrar shall refuse to register it and shall require the breeder to propose another denomination within a prescribed period. The denomination shall be registered by the Registrar at the same time as the breeder's right is granted.

(4) Prior rights of third persons shall not be affected. If, by reason of a prior right, the use of the denomination of a variety is forbidden to a person who, in accordance with paragraph (7) of this Article, is obliged to use it. The Registrar shall require the breeder to submit another denomination for the variety.

(5) A variety must be submitted to all members of UPOV under the same denomination. The Registrar shall register the denomination so submitted, unless it considers the denomination unsuitable. In the latter case, it shall require the breeder to submit another denomination.

(6) The Registrar ensures that the authorities of the members of UPOV are informed of matters concerning variety denominations, in particular the submission, registration and cancellation of denominations. Any Member of UPOV may address its observations, if any, on the registration of a denomination to the Registrar.

(7) Any person who offers for sale or markets propagating material of a variety protected within the territory of the United Arab Emirates is obliged to use the denomination of that variety, even after the expiration of the breeder's right in that variety, except where, in accordance with the provisions of paragraph (4), prior rights prevent such use.

(8) When a variety is offered for sale or marketed, it is permitted to associate a trademark, trade name or other similar indication with a registered variety denomination. If such an indication is so associated, the denomination must nevertheless be easily recognizable.

Article 19

Examination of the Application

Any decision to grant a breeder's right shall require an examination for compliance with the conditions under Articles 5 to 9. In the course of the examination, the Registrar may grow the variety or carry out other necessary tests, cause the growing of the variety or the carrying out of other necessary tests, or take into account the results of growing tests or other trials which have already been carried out. For the purposes of examination, the Registrar may require the breeder to furnish all the necessary information, documents or material as specified in the regulations.

Article 20

Publication

The public shall be informed concerning

- applications for and grants of breeders' rights, and
- proposed and approved denominations.

Article 21

Provisional Protection

(1) Provisional protection is provided to safeguard the interests of the breeder during the period between the publication of the application for the grant of a breeder's right and the grant of that right.

(2) The applicant is considered to be the holder of a breeder's right in relation to any person who, during the period provided in paragraph (1), has carried out acts which, once the right is granted, require the breeder's authorization as provided in Article 14. The applicant shall have the same rights to enter into license agreements and to initiate legal proceedings as if on the publication date the breeder's right had been granted to the applicant in respect of the variety concerned. The rights conferred under this paragraph shall be deemed never to have been conferred if the right is not granted.

Article 22

Renunciation

The breeder's right is considered as terminated in case of renunciation of that right by its holder before the expiration of the term of protection. Renunciation must be notified in writing by the holder of the breeder's right to the Registrar as prescribed by the Regulations. The date of the notification shall be considered as the date of renunciation of the breeder's right.

Article 23

Nullity of the Breeder's Right

(1) The breeder's right shall be declared null and void when it is established

(i) that the conditions laid down in Articles 6 or 7 were not complied with at the time of the grant of the breeder's right,

(ii) that, where the grant of the breeder's right has been essentially based upon information and documents furnished by the breeder, the conditions laid down in Articles 8 or 9 were not complied with at the time of the grant of the breeder's right, or

(iii) that the breeder's right has been granted to a person who is not entitled to it, unless it is transferred to the person who is so entitled.

(2) No breeder's right shall be declared null and void for reasons other than those referred to in paragraph (1).

Article 24

Cancellation of the Breeder's Right

(1) (a) The breeder's right shall be cancelled if it is established that the conditions laid down in Articles 8 or 9 are no longer fulfilled.

(b) Furthermore, the breeder's right shall be cancelled if, after being requested to do so and within the prescribed period,

(i) the breeder does not provide the Registrar with the information, documents or material deemed necessary for verifying the maintenance of the variety,

(ii) the breeder fails to pay such fees as may be payable to keep his right in force, or

(iii) the breeder does not propose, where the denomination of the variety is cancelled after the grant of the right, another suitable denomination.

(2) No breeder's right shall be cancelled for reasons other than those referred to in paragraph (1).

Article 25

Compulsory License from the Minister

The free exercise of a breeder's right shall not be restricted in the territory of the United Arab Emirates for reasons other than of public interest.

When any such restriction has the effect of the Minister, upon a recommendation of the Ministry of Defense or the Ministry of Interior, granting a compulsory license whereby a third party is authorized to perform any act for which the breeder's authorization is required, the breeder shall receive equitable remuneration.

Article 26

Penalties

(1) The penalties provided for in this Law do not prejudice any severer penalty stipulated in any other law.

(2) The following legal remedies shall be available for the enforcement of breeders' rights:

(a) Whoever violates the provisions of Articles 14 and 21 of this Law shall be punished by imprisonment for no less than two months and a fine of no less than ten thousand dirhams and no more than two hundred fifty thousand dirhams.

(b) The penalty shall be doubled in case of recidivism.

(c) The court may order the seizure of the infringing material and order its destruction at the expense of the infringer or its disposal. It may also, if the infringement is committed on behalf or for the interest of a legal person, or a commercial or professional establishment, order its closing down for a period not exceeding six months, and the publication of the summary of the judgment in one or more daily newspapers at the expense of the infringer.

(d) Anyone who violates any other provision of this Law shall be punished by a fine of no less than ten thousand dirhams and no more than two hundred fifty thousand dirhams.

Article 27

The Death of the Breeder without an Heir or Legatee

The Ministry shall exercise the right of the breeder on the protected variety if he dies without an heir or legatee.

Article 28

Measures Regulating Commerce

The breeder's right is independent of any measure to regulate the production, certification and marketing of material of varieties or the importing or exporting of such material.

In any case, such measures shall not affect the application of the provisions of this Law.

Article 29

Judicial Appeal Period

Judicial appeal is allowed to be filed against the administrative decisions issued pursuant to this Law and in accordance with applicable procedures during the period of sixty days from the date of publication in the Official Gazette or from the date of the notification of the decision to the interested party, as the case may be.

Article 30

Supervision

The Minister of Justice shall, issue a decision, in agreement with the Minister, to select staff that will have the status of judicial officers in the application of the provisions of this Law.

Implementation

Supervision over the implementation of this Law, shall be performed by the Ministry.

Article 31

Annual Fees

The holder of the breeder's right shall pay the prescribed annual fees during the first thirty days of each year of the term of protection.

Article 32

Schedule of Fees

The Cabinet shall issue a resolution specifying the prescribed fees in accordance with the provisions of this Law.

Article 33

The Minister shall issue the Regulations of this Law, and the decisions necessary for its implementation.

Article 34

Any provision in other Laws contrary to or inconsistent with the provisions of this Law shall be invalid.

Article 35

This Law shall be published in the Official Gazette, and shall come into force as of the day following the date of its publication.

[End of Annex II and of document /
Fin de l'Annexe II et du document /
Ende der Anlage II und des Dokuments /
Fin del Anexo II y del documento]